

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Perspektiven des Bildungswesens durch Öffnungsklausel ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, per Gesetz eine Öffnungsklausel für alle Schularten einzuräumen, die der Schulfamilie gemeinsam mit dem Schulträger die Möglichkeit eröffnet, weitergehende Schulmodelle, insbesondere Gemeinschaftsschulen, umzusetzen, die die Differenzierung in die Schule verlagern und nicht zwischen den verschiedenen Schulformen beibehalten. Auf Antrag sollen so Schulen entstehen können, die ein wohnortnahes weiterführendes Schulangebot sichern und den steigenden pädagogischen Anforderungen an die Schulqualität Rechnung tragen können.

Begründung:

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Bayern wird bis zum Jahr 2025 ein Minus von 17 Prozent an Grundschulen, von 29 Prozent an Hauptschulen, von 15 Prozent an Realschulen und von 21 Prozent an Gymnasien haben. Diese demografische Entwicklung macht es vor allem auf dem Land immer schwieriger, ein attraktives wohnortnahes weiterführendes Schulangebot vorzuhalten. Außerdem hat dies bereits jetzt erhebliche Konsequenzen für viele Schulstandorte: viele kleine Grundschulen bangen um ihren Bestand und die kleinsten Schülerinnen und Schüler haben weite Schulwege zu bewältigen.

Gleichzeitig wächst der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, vor allem in Schulen in Ballungszentren. Aufgabe aller Schulen ist es, eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Integration zu schaffen. Wenn Schulen nicht auf die aktuellen Herausforderungen reagieren, dann bedeutet das das Aus für die Schulen im Stadtbezirk und auf dem Land.

Mit der Bedeutungszunahme von Bildung wuchs und wächst auch die Wichtigkeit von Bildungseinrichtungen als Standortfaktoren. Sie eröffnen Möglichkeiten der Bildungsteilnahme und erhöhen die Attraktivität einer Stadt oder Region für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger. Wenn Schulen das Dorf verlassen, dann verliert der ländliche Raum einen wichtigen Standortfaktor, die Kommunen werden sozial und kulturell entkernt. Ohne Schule keine zugangsbereiten Familien und keine erfolgreiche Wirtschaft.

Mit den zunehmenden Erwartungen an das Bildungswesen steigen die Anforderungen an die Qualität, um den veränderten Bildungsaufgaben Rechnung tragen zu können. D.h., auch wenn die Zahlen der Schülerinnen und Schüler insgesamt zurückgehen, werden die Aufgaben für die Lehrerinnen und Lehrer immer größer. Das gilt insbesondere für die steigenden Herausforderungen, wie den Ausbau gebundener Ganztagsklassen oder des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen an der Regelschule.

Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen auf die Schullandschaft müssen aktiv gestaltet werden. In vielen bayerischen Orten gibt es bereits weitergehende Konzepte, die zum einen den Schulstandort festigen und zum anderen der Schulentwicklung dienen. Dies sind auch Schulmodelle, die über die derzeitigen Vorgaben des Mittelschulkonzeptes hinausgehen, etwa mit integrativen schulformübergreifenden Organisations- und Unterrichtsformen nach dem Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens. Die Schulen wissen längst, dass sie sich weiterentwickeln müssen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will Schulreformen Schritt für Schritt mit den Beteiligten vor Ort realisieren. Mit klaren Zielen, mit Zeit und mit den notwendigen finanziellen Mitteln. Um das starre Schulsystem zu überwinden und flexible und intelligente Lösungen zu ermöglichen, soll per Gesetz ein neues Schulmodell ermöglicht werden. Wo vor Ort gewünscht, sollen Gemeinschaftsschulen bis Klasse zehn entstehen, die alle Abschlüsse anbieten und den Übertritt in bestehende weiterführende Schulen ermöglichen, den Anschluss zur gymnasialen Oberstufe wie auch zur Berufsausbildung gewährleisten. In der Gemeinschaftsschule werden die Schülerinnen und Schüler nach Klasse vier nicht mehr getrennt, sondern sie lernen gemeinsam und werden zugleich individuell gefördert.